Kein „Weiter so“! (2)

Die kürzlich als Diskussionsangebot veröffentlichten Thesen der Führung der DKP „Der Weg aus der Krise: Der Mensch geht vor Profit - den Kapitalismus überwinden“ werden ein anderes Schicksal haben als ähnliche programmatische Erklärungen vorher, um die auch heftig und kontrovers debattiert wurde, die aber schließlich, manchmal auf Umwegen, in der ursprünglich konzipierten Aussage durch Vorstands- oder Parteitagsbeschluß die politische Linie der Partei bestimmten. Die nach dem Bekanntwerden fast einhellige Ablehnung dieser Thesen konnte zwar den Vorstand der DKP nicht veranlassen, sie zurückzuziehen, doch wird jeder Versuch, sie als Grundlage für eine Meinungsbildung in der Partei am Leben zu erhalten, dazu führen, daß entweder die Initiatoren ihren Führungsanspruch bald nicht mehr geltend machen können oder in der Mitgliedschaft eine solche ideologische Polarisierung eintritt, die die Partei zerreißt.

Insofern wird die bevorstehende Auseinandersetzung nicht so sehr eine Theoriedebatte im herkömmlichen Sinne sein, sondern mehr ein Kampf um die prinzipielle Korrektur der politischen Linie der Parteiführung. Diejenigen, die bei der eingetretenen Situation erneut die Einheit der Partei beschwören, betreiben objektiv ihre ideologische Zerstörung als kommunistische Kraft. Und so, wie das Versagen der in den sozialistischen Staaten Europas herrschenden Parteien nicht nur ein Desaster für die Kommunisten und Sozialisten, sondern auch eine Katastrophe für den Menschheitsfortschritt war, würde das endgültige Verschwinden einer revolutionären Kraft in Deutschland den Widerstand gegen die verderbliche Politik des deutschen Imperialismus erheblich schwächen.

Dabei ist gegenwärtig nicht erkennbar, daß diese Herausforderung den Mitgliedern der DKP bewußt geworden ist. Noch gelingt es, die Problemstellung in der Ebene der die Partei stützenden und sie störenden Kräfte zu halten.

Die Absage an den Marxismus, die unter anderem in der auch von den Kritikern aus der sozialdemokratischen „Ecke“ benutzten These zum Ausdruck kommt, daß „die Hegemonie des Kommunismus in der Arbeiterklasse und in den Bewegungen (...) nicht die Voraussetzung für die Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse sein (kann).“? (These 2 im Abschnitt „Die DKP in der heutigen Zeit - ihre Aufgabe, ihre Rolle und ihre Organisation“) folgt dem ideologischen Druck des Gegners. Dabei ist eine der Hauptursachen dieses ideologischen Übels in dem zu suchen, was als ökonomische Theorie von den Initiatoren der besagten Thesen ausgegeben wird .

Als die Frage nach dem Charakter der Partei, die Frage „ob Partei der sozialen Revolution“ oder „demokratische Partei der sozialen Reform“ stand, hat sie Lenin in „Was tun?“ 1902 aus den veränderten ökonomischen Verhältnisse abgeleitet. Seine Analyse führte zu den Konsequenzen, die sich aus dem Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus/Imperialismus ergaben. Also, nicht weil es einem Theoretiker einfiel, sondern weil die objektiven gesellschaftlichen, speziell die ökonomischen, Bedingungen zu einer äußersten Verschärfung der gesellschaftlichen Widersprüche führten, kam er zu dem Ergebnis, vom Beginn der Epoche imperialistischer Kriege und proletarischer Revolutionen zu sprechen und damit die Notwendigkeit revolutionärer Parteien der Arbeiterklasse zu begründen.

Der Konstruktionsfehler des konzeptionellen Gebäudes der agierenden DKP-Ideologen hat seinen Ausgangspunkt in der ökonomischen Theorie. Die These „Im koordinierten Vorgehen der Zentralbanken und in der Abstimmung der vielfältigen nationalen Konjunkturprogramme zeigt sich - bei allen Widersprüchen - eine gewachsene internationale Kooperation, es zeichnen sich „Keimformen eines globalen staatsmonopolistischen Regulierungssystems ab, mit dem die Krisenpotentiale der kapitalistischen Weltwirtschaft und die zwischenimperialistischen Widersprüche in Schach gehalten werden sollen.“ (Programm der DKP)“ ist eine der wesentlichen Aussagen, mit denen der aktuelle Zustand des Imperialismus beschrieben wird. Initiiert und getragen werden sie hauptsächlich von Leo Mayer, dem stellvertretende Parteivorsitzenden, dem langjährigen Betriebsrat bei Siemens,

der sein theoretisches Umfeld im „institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung münchen e.V.“ hat. Aus den Publikationen dieses „isw“, so auch aus der jüngsten zur Wirtschaftsdemokratie (isw - Report Nr. 79, Januar 2010), sind dessen reformistische Grundpositionen erkennbar.

Jetzt aber werden sehr entschlossen die Konsequenzen aus den revisionistischen Elementen der ökonomischen Theorie gezogen. So mit der These: „Der moderne Kapitalismus hat die soziale Basis der Arbeiterbewegung zersetzt und aufgelöst. Mit der Folge, dass „die“ Arbeiterbewegung als klassenautonome politische, gewerkschaftliche und kulturelle Bewegung nicht mehr existiert.“ (These 6 im Abschnitt „Arbeiterklasse in der Krise“).

Dieser Satz allein schon müßte einem DKP-Mitglied die Frage nach den Absichten der Parteiführung aufdrängen.

Er wird aber erst möglich auf der Grundlage der zunächst nicht so offensichtlich revisionistischen These von einer neuen Entwicklungsetappe des Kapitalismus, die durch den Neoliberalismus und den globalen Kapitalismus, der Globalisierung, gekennzeichnet sei. Dieser Globalisierungsbegriff, der in der DKP eine allgemeine Verbreitung fand, ist im Kern die Ablehnung der Ergebnisse der leninschen Analyse des heutigen Kapitalismus, des Imperialismus und der Schlußfolgerungen daraus: „Das Resultat ist eine Vertuschung, eine Abstumpfung der fundamentalsten Widersprüche des jüngsten Stadiums des Kapitalismus statt einer Enthüllung ihrer Tiefe, das Resultat ist bürgerlicher Reformismus statt Marxismus.“ (Lenin, Werke, Bd. 22, Dietz Verlag Berlin 1960, S. 274, siehe auch die Seiten 275, 276, 292, 294, 298 ff!).

Eine treffliche Charakteristik gab auch Thomas Ebermann auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz von „junge Welt“ 1999: „Wer den Kapitalismus nicht kritisieren kann, neigt dazu, ihm neue Etappen anzudichten. Kapitalismus wird durch solche Fragestellungen als in seiner Formveränderung, nicht in seinem Wesen kritisiert.“ („junge welt“, 11. 1. 1999).

Der Versuch, eine qualitativ neue Etappe des Imperialismus aus seinen Formveränderungen abzuleiten, beginnt in der DKP besonders im Zusammenhang mit der Bestimmung der programmatischen Leitlinien der Partei auf dem Mannheimer Parteitag 1993 und dem folgenden Parteitag. Ein von Mayer an den 13. Parteitag gestellter Antrag, den Neoliberalismus als Begriff für eine neue Entwicklungsetappe des Imperialismus in die Programmatik der DKP aufzunehmen, wird abgelehnt. Später verschwimmen - mit wenigen Ausnahmen - die Frontlinien. Zu denen, die konsequent bleiben, zählt Leo Mayer, bei dem in der Terminologie über das Neue im Imperialismus die Globalisierung in den Vordergrund rückt, später auch zeitweilig der „kollektive Imperialismus“.

Die Dauer der Auseinandersetzung, die sich jetzt mit den vom Parteivorstand autorisierten Thesen zwangsläufig zuspitzen muß, zwingt die marxistischen Kräfte in der Partei konsequenter als bisher ihre Positionen zur Geltung zu bringen.

Hans-Günter Szalkiewicz